

Frei greift die grüne Migrationspolitik hart an: kein „Ideologieministerium“

Politik Im Bundestagswahlkampf wird der Ton rauer. Der CDU-Fraktions-Vize spricht Tacheles und stellt sich ganz entschieden gegen Pläne des potenziellen Koalitionspartners in Sachen Migration. *Von Ralf Trautwein*

Der Bundestagswahlkampf nimmt an Fahrt auf. Die Grünen wollen im Falle eines Wahlsiegs immer neue Ministerien schaffen. Nachdem die Grünen-Spitze schon ein Klimaschutz-Ministerium ins Spiel gebracht hatte, bekräftigte Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock nun Pläne, ein neues Ministerium für Einwanderung zu schaffen. Die Einwanderungspolitik müsse „aus dem Innenministerium herausgelöst werden“, sagte Baerbock.

Ein heißes Eisen

Das ist ein heißes Eisen, denn aus dem bürgerlichen Lager kommt heftiger Gegenwind. Thorsten Frei, Unionsfraktions-Vize im Bundestag und hiesiger Wahlkreisabgeordneter, schlägt da als Reaktion auf Baerbocks Vorstoß die Hände über dem Kopf zusammen. „Ein Einwanderungsministerium grüner Lesart darf es niemals geben“, fordert er.

Baerbock schwebt eine Art Migrantinnen-Quote für Behörden vor und dazu ein neues Ministerium, das sich vorrangig und losgelöst vom Bundesinnenministerium mit der Frage der Einwanderung auseinandersetzen soll. Das erklärte die 40-jährige Spitzenpolitikerin in einem Video-Interview mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland, das auf Youtube abrufbar ist. Es sei an der Zeit, nicht nur über Einwanderung zu reden, sondern vor allem darüber, wie man Gleichstellung und Teilhabe in der Gesellschaft wirklich schaffen und Diskriminierung bekämpfen könne.

Denn in Führungspositionen und in einigen Berufsgruppen könne man nicht von Gleichberechtigung sprechen, meint Baerbock. Daher wollen die Grünen auch ein Bundespartizipations- und Teilhabegesetz vorlegen, um künftig bei Bundesgremienbesetzungen „deutlich die Vielfältigkeit in unserem Land auch sicherzustellen“.



Es ist Wahlkampf: Der Plan der Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock, im Falle eines Wahlsiegs ein Migrationsministerium einzurichten, hat CDU-Unionsfraktions-Vize Thorsten Frei, den Bundestagskandidaten von hier, ins Harnisch gebracht. „Da machen wir nicht mit“, stellt er klar und verurteilt den Vorstoß als grüne Ideologie.



Fotos: dpa/NQ-Archiv

Doch da wollen Politiker von CDU und CSU nicht folgen. Thorsten Frei, der hier erneut antritt, um den Wahlkreis 286 zu gewinnen und seine politische Arbeit in Berlin fortzusetzen, hat sich unter anderem im Zuge des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes intensiv mit dem Thema „Einwanderung“ auseinandergesetzt. Mit diesem Bundesgesetz, das die Handschrift des Juristen Frei trägt, hat die Regierung

vor nunmehr zwei Jahren den Rahmen für die Einwanderung qualifizierter Fachleute aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland erweitert. Dennoch steht es für kontrollierte Zuwanderung, die sich auch am Bedarf des deutschen Arbeitsmarkts orientiert. Was dem politische Gegner nun vorschwebt, versetzt den CDU-Kandidaten im

Schwarzwald-Baar-Kreis in helle Aufregung: „Die Grünen wollen grenzenlose Migration nach Deutschland um jeden Preis. Dafür soll ein grün-geführtes Einwanderungsministerium geschaffen werden. Hürden sollen weiter abgesenkt werden, was zu einem gefährlichen Sog führen wird.“

„Da machen wir nicht mit“

Der CDU-Politiker sieht den migrationspolitischen Kurs der Grünen vor einem ideologischen Hintergrund und wettet: „Ein solches grünes Ideologieministerium darf es niemals geben. Einmal mehr wollen die Grünen ihre Ideologie mit erhobenem Zeigefinger, Bürokratie und Regelungswahn fortsetzen. Da machen wir nicht mit.“ Anstatt komplett überflüssige bürokratische Strukturen zu schaffen, müsse Integration auch weiterhin eine Querschnittsaufgabe aller Mi-

nisterien sein. Der Vorschlag, die Themen „Zuwanderung“ und Identitäts- beziehungsweise Genderpolitik in einem Haus zu vereinen, gehe voll an den Bedürfnissen Deutschlands vorbei.

„Ein solches grünes Ideologieministerium darf es niemals geben.“

Gestritten wird freilich nur um die rechtlichen Bedingungen, unter denen Menschen aus anderen Ländern einwandern können sollen. Dass das Land Zuwanderung braucht, gilt Experten als unstrittig. Denn der demografische Wandel schlägt immer stärker durch: Die Zahl der Arbeitskräfte nimmt ab und aus den europäischen Nachbarländern kommen absehbar weniger

Menschen nach Deutschland. Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge hat Deutschland bis 2060 einen jährlichen Einwanderungsbedarf von mindestens 260 000 Menschen. Nur so lässt sich der programmierte Rückgang des Arbeitskräfteangebots auf ein für die Wirtschaft verträgliches Maß begrenzen – auch eine Lebensarbeitszeit bis 70 Jahre würde daran nichts verändern. Rund die Hälfte dieser Zuwanderer, nimmt man an, müssten aus Nicht-EU-Staaten hierher einwandern. Tatsächlich wandern heute noch viel zu wenig Fachkräfte aus solchen Drittstaaten nach Deutschland ein. 2017 waren es laut Statistiken des Ausländerzentralregisters ohne Fortzüge nur gut 38 000 Menschen. Das liegt auch daran, dass unter anderem Australien, USA oder Kanada für gut qualifizierte Arbeitnehmer oft attraktiver sind als Deutschland.



Wahl des Bundestags